



Roter

Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg
Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

2-2023

Internet: brandenburg.dkp.de

BRICS - Bündnis mit wirklicher Alternative

Über das Entstehen einer neuen Weltordnung

Das Jahr 2023 war international geprägt vom Kampf gegen die Hegemonialpolitik der USA, die mit NATO und ihren Vasallen weltweit auch mit Krieg aufrechterhalten und erweitert werden soll. Im Mittelpunkt der Angriffe stehen dabei Russland und die VR China. Die USA und ihre Verbündeten versuchen, den wirtschaftlich und politisch abhängigen Staaten ihre Interessen immer aggressiver, einschließlich mit Krieg, zu diktieren.

Der Verlauf der internationalen Auseinandersetzung weist zugleich darauf hin, dass der Prozess der Beendigung der vom Imperialismus geprägten Weltordnung unvermeidlich ist. Immer mehr Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika beginnen, ihre nationalen Interessen selbstbewusster zu verteidigen.

In diesem Zusammenhang spielen besonders die Staaten des BRICS-Bündnisses eine gewachsene und antiimperialistisch wirksame Rolle. Ihre wirtschaftliche wie auch politische Rolle nimmt spürbar zu.

Das Bündnis wurde im Jahr 2006 im Rahmen des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg von

Brasilien, Russland, Indien und China auf Initiative Russlands gegründet. Der erste Gipfel fand 2009 in Jekaterinburg statt. Im Jahre 2010 trat Südafrika dem Bündnis bei, das seitdem als BRICS firmiert.

In diesem Jahr fand das 15. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten in Johannesburg, in Südafrika, statt. Es wurde beschlossen, Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate als Vollmitglieder einzuladen. Damit wird zum 1. Januar 2024 die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Zu den sechs neuen Mitgliedstaaten gehören u.a. die vier stärksten Mächte des Nahen und Mittleren Ostens. Es sind Staaten, die eine beachtenswerte internationale Rolle spielen.

Mit ihrer Mitgliedschaft wird die Repräsentativität und der Einfluss der BRICS und seiner Strukturen weiter zunehmen. BRICS wird zu einer der größten internationalen Organisationen werden. Nach dem 1. Januar 2024 wird die Fläche der BRICS-Staaten doppelt so groß sein, wie die der G7-Staaten. Die Bevölkerungszahl ist mehr als viermal so groß.

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“

Marx/Engels: Aus dem Manifest der Kommunistischen Partei

DKP aktuell

Die DKP tritt zur EU-Wahl an

Patrik Köbele (Vorsitzender der DKP) und Andrea Hornung (Vorsitzende der SDAJ) sind die Spitzenkandidaten der DKP für die EU-Wahl im Juni 2024. Aus dem Land Brandenburg kandidiert Rainer Georgius.

Um an der Wahl teilnehmen zu können, benötigt die DKP bundesweit 4.000 Unterstützerunterschriften.

Für eine wirkliche Alternative auf dem Stimmzettel!

Hier das Formular für ihre Unterschrift zum Herunterladen:

<https://brandenburg.dkp.de/wp-content/uploads/sites/62/2023/11/EU-Wahl.pdf>

Die BRICS-Staaten verfügen dabei z.B. über 45 Prozent der weltweiten Ölreserven. Der Anteil des Bündnisses an der globalen Wirtschaftsleistung wird sich von etwa 25 auf rund 37 Prozent erhöhen.

Von der großen internationalen Anziehungskraft der BRICS zeugt die Tatsache, dass vor der Johannesburg-Tagung 23 Länder einen Antrag gestellt haben, Mitglied zu werden.

Die VR China charakterisierte das Bündnis als „offenen und integrativen Mechanismus“.

--> Fortsetzung auf Seite 2



Grafik: Tom Wilkinson / CC BY-SA 4.0



Debatten unter Freunden: Das BRICS-Treffen im südafrikanischen Johannesburg (Foto: GCIS)



Vor 105 Jahren, am 30. Dezember 1918 konstituierten sich die Delegierten der Reichskonferenz des Spartakusbundes als Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der bis zum 1. Januar 1919 in Berlin tagte.

In seinem Referat über „Die Krisis in der USPD“ rechnete Karl Liebknecht grundsätzlich mit dem Zentrismus ab und begründete die Notwendigkeit des vollständigen Bruchs mit der USPD. Er wies nach, dass diese Partei „im Laufe der Zersetzung der alten Sozialdemokratie“ in einem desolaten Zustand war und „weder theoretische klare Grundsätze noch ein Aktionsprogramm“ besaß. Karl Liebknecht charakterisierte die Politik der zentristischen Führer, die der Konterrevolution durch Duldung oder Mitwirkung Vorschub geleistet hatten, als „Hochverrat an der Revolution“.

Den Höhepunkt des Gründungsparteitages bildeten die Beratung und der Beschluss über das Programm der Partei, das Rosa Luxemburg in ihrer Rede begründete. Sie ging davon aus, dass durch „große historische Vorgänge“, durch die Entwicklung des Kapitalismus, die Ergebnisse des Weltkrieges und die Oktoberrevolution in Russland, neue geschichtliche Bedingungen entstanden waren.

Sie setzte sich entschieden mit den revisionistischen Einstellungen des Marxismus durch die rechten Führer der USPD auseinander und wies nach, dass das Programm der KPD auf den Lehren von Marx und Engels beruhte und an das Kommunistische Manifest anknüpfte. Sie erklärte: „Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.“ ■ AL

Der südafrikanische Präsident, Cyril Ramaphosa, wies darauf hin, dass die erweiterten BRICS-Staaten „eine Gruppe von Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen werden, die den gemeinsamen Wunsch nach einer ausgewogenen Weltordnung teilen“.

Der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, wies darauf hin, dass die BRICS-Staaten den Erweiterungsprozess eingeleitet haben, weil sie in der Organisation eine positive Kraft sehen, die „zu einer der Säulen einer neuen, gerechteren polyzentrischen Weltordnung“ werden kann.

Natürlich gibt es im Rahmen eines Kooperationsmechanismus, wie es BRICS ist, auch Probleme, die überwunden werden müssen, um politisch wirksam zu werden. Die USA und ihre Verbündeten haben z.B. darauf gesetzt, dass Widersprüche zwischen China und Indien genutzt werden können, um die Zusammenarbeit im Rahmen der BRICS zu stören und Erfolge zu vereiteln.

Die vergangenen 17 Jahre der Existenz der Organisation haben gezeigt, dass es möglich ist, gemeinsam eine kooperative und für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft aufzubauen. Die Atmosphäre der Solidarität und Zusammenarbeit, die durch den Kooperationsmechanismus der BRICS verkörpert wird, hat die Haltung vieler Länder dahingehend beeinflusst, dem Bündnis beizutreten.

In vielen Stellungnahmen und Abhandlungen werden die BRICS mit der G7 verglichen. Auch wenn es in mancher Hinsicht gerechtfertigt sein könnte, unterscheiden sich beide Strukturen grundlegend. Ihre Ziele und Aktionen sowie ihre Struktur und ihre Entwicklung sind zum größten Teil grundverschieden.

Die G7 ist gesellschaftlich, wirtschaftlich und auch ideologisch homogen. Allein das Kapital bestimmt Ziele, Prinzipien und Handlungen. Die Staaten der BRICS sind politisch, ökonomisch und geistig-kulturell sehr unterschiedlich geprägt.

Die G7 wird im Wesentlichen von den USA dirigiert. Vor allem aufgrund des wirtschaftlichen und militärischen Kräfteverhältnisses müssen die anderen kapitalistischen Großmächte diese Führung, auch bei Beschädigung ihrer nationalstaatlichen Interessen, akzeptieren.

Die G7 ist in dem Sinne global ausgerichtet, dass sie durch ihr Verhalten und durch ihre Politik bestrebt ist, dem „Rest der Welt“ ihre, dem Kapitalismus eigenen Modelle und Moralvorstellungen aufzuzwingen. Die BRICS strebt nach Schaffung friedlicher internationaler Bedingungen, die gleiche Sicherheit für alle und eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit ermöglichen. BRICS strebt nach Entwicklung und nicht nach Dominanz.

Die Grundsätze, die Ziele sowie die bisherige Praxis der BRICS weisen darauf hin, dass sie nicht als geschlossener oder exklusiver Block konzipiert ist, sondern als eine offene und integrative Plattform, die der Bündelung der Kräfte dient, die eine sichere und selbstbestimmte Entwicklung ihrer Länder und die dazu notwendigen friedlichen internationalen Bedingungen anstreben.

Im Jahre 2024 wird die BRICS-Präsidenschaft von Russland wahrgenommen. Sie steht unter dem Motto: „Stärkung des Multilateralismus für eine globale Entwicklung und Sicherheit“ und soll Kontinuität in allen Bereichen sichern. ■ AL



„Zu sagen was ist,
bleibt die
revolutionärste Tat.“
Rosa Luxemburg

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de | www.uzshop.de



JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch.

E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

(Über-) Leben in der „Zeitenwende“

Wie im vergangenen Jahr blicken auch diesmal viele Menschen sorgenvoll auf den kommenden Winter. Für viele Haushalte stellt sich wieder die Frage, ob gehungert oder gefroren wird. Die Preise in Kaufhallen und Tankstellen sind nach wie vor hoch, die Gaspreise auch.

Wir erleben eine der größten Krisen seit Bestehen der BRD. Sie wurde durch die Corona-Pandemie, dann durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland und die gewaltige Hochrüstung verstärkt. Aber: Weder Corona, der Ukraine- oder der Palästina-Krieg haben die Krise verursacht. Sie sind nur Katalysatoren innerhalb eines weltweiten Krisenzyklus, der vor etwa 15 Jahren begann und in eine Dauerkrise übergegangen ist. Diese Krise äußert sich in einer zunehmenden Aggressivität des Imperialismus nach innen und außen.

Seit fast zwei Jahren leben wir in der sogenannten „Zeitenwende“. Der Eintritt Russlands 2022 in den seit 2014 in der Ost-Ukraine (Donbass) tobenden Krieg mit über 14.000, vor allem russischstämmigen, Opfern war Anlass und Auftakt für ein bis dahin nicht gekanntes horrendes Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr, einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft, einer beispiellosen politisch-ideologischen und militärischen Unterstützung (22 Mrd. Euro) eines partiell faschistischen Regimes, das einen NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland führt. Einher gehen diese Prozesse mit der Diffamierung, Repression und Unterdrückung Andersdenkender auf Basis verschärfter Strafrechtsgebung. Beispiele für Krise und Verfall in Kultur und Moral sind die Versuche einer Umschreibung der Geschichte, die Verbrechen des faschistischen deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg relativieren und den Anteil der Sowjetunion an der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus diffamieren.

Gleichzeitig wurde gegen Russland (aber auch China) ein Wirtschaftskrieg entfesselt mit dem Ziel „Russland zu ruinieren“. Die Auswirkungen der Entkopplung von zuverlässigen und preisgünstigen russischen Rohstoffen für die Energieerzeugung führt zu einer zweiten Welle der Deindustrialisierung, die diesmal nicht auf den Osten der BRD beschränkt ist, wie nach der Konterrevolution 1989/90.

Bundeskanzler Scholz hat am 10. November 2023 in einer Rede bei der Bundeswehrtagung, die unter dem Motto „Zeitenwende gestalten“ stand, gesagt: „Wir brauchen Streitkräfte, ... , die mit Fähigkeiten, Personal und Material bereitstehen, um die Sicherheit des Bündnisgebietes zu verteidigen, und zwar überall dort, wo die Allianz sie benötigt. ... Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ist ein erster, wichtiger Schritt. Damit erreichen wir 2024 das NATO-Ziel von zwei Prozent, ... Doch es steht völlig außer Frage, dass die Zeitenwende, die Russlands Angriffskrieg bedeutet, ein langfristiges, dauerhaftes Umsteuern erfordert. Deshalb habe ich bereits am 27. Februar 2022 im Bundestag angekündigt, dass wir die Verteidigungsausgaben dauerhaft auf zwei Prozent anheben, und diese Zusage gilt. Sie ist einer neuen sicherheitspolitischen Realität geschuldet!“

Das bedeutet zumindest zweierlei. Einmal, dass die Herrschenden ihre Großmachtpläne mit Hilfe einer hochgerüsteten Bundeswehr weltweit zum Durchbruch verhelfen



Unsere Forderungen

- Löhne rauf, Preise runter.
- Gesetzliche Senkung der Energiepreise.
- Keine CO2-Steuer.
- Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie.
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen.
- Wirtschaftskriege und Aufrüstung stoppen.
- Keine Waffen in Kriegsgebiete.
- Raus aus der NATO.

wollen und zum anderen ist es eine eindeutige Kampfansage an alle Werktätigen, Rentner, Studenten, Bürgergeldempfänger, Soloselbstständige, aber auch an Kleinunternehmer und den Mittelstand, denn klar ist, wer für Wirtschaftssanktionen und Hochrüstung heute und in Zukunft zahlen soll.

Für den Bundeshaushalt 2024 sind Ausgaben von knapp 445 Mrd. Euro vorgesehen, wobei die Schuldenbremse wieder eingehalten werden soll. Während die Rüstungsausgaben mit 85,5 Mrd. Euro (inklusive Schattenhaushalte) deutlich steigen, der Etat ist schon im Vorfeld als einziger von allen Kürzungsrunden ausgenommen worden, kommt es in anderen Bereichen zu massiven Kürzungen.

Die großspurig angekündigte „Kindergrundsicherung“, die laut der Familienministerin rund 12 Mrd. Euro erfordert, ist auf kümmerliche 2 Mrd. zurechtgestutzt worden und wird für Familien mit Kindern weitgehend wirkungslos versickern.

Der SPD-Gesundheitsminister verzichtete großmütig auf eine Milliarde Euro an Bundeszuschüssen für die Pflegeversicherung. Sein Gesundheitsetat soll um 8,3 Mrd. Euro gekürzt werden, eine sinnlose „Krankenhausreform“ inklusive.

Das Versprechen auf 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, im Koalitionsvertrag niedergeschrieben, ist auf etwas mehr als 200.000 geschrumpft. Von den rund 50 Mrd. Euro, die laut Mieterbund erforderlich wären, um wenigstens mittelfristig den rasanten Anstieg der Mieten zu dämpfen, ist keine Rede mehr. Im direkten Zusammenhang steht die wachsende Zahl von 607.000 Obdachlosen im Jahr 2022, ein Anstieg zum Vorjahr von 58 Prozent. Tendenz für 2023: steigend.

Um über eine Milliarde Euro wird der Bildungsetat (gegenüber 2023) zusammengestrichen. Dabei bleibt das Budget schon lange hinter den Erfordernissen zurück: Bis 2035 werden absehbar 160.000 Lehrkräfte fehlen, in den Kitas mangelt es an 384.000 Betreuungsplätzen, wofür 300.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher nötig wären.

Die Mehrwertsteuer für Gas wird schon ab 01.01.24 wieder von 7 Prozent auf 19 Prozent erhöht, was zu einer erheblichen Verteuerung führen wird. Die Inflation bleibt hoch.

Beispiele über Beispiele für eine Wirtschafts- und „Sozialpolitik“ im Interesse weniger. Insbesondere Geringverdiener werden auch in Zukunft für diese Politik zahlen.

Die Losung bleibt aktuell: „Heizung – Brot – Frieden!“ - Protest muss auf die Straße! ■ TS (Zahlen aus jW/UZ)



Die Arbeiterpartei

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit China und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP.

Mach mit!



Den Roten Brandenburger per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an: brandenburg@dkp.de

Impressum und Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: brandenburg@dkp.de
Internet: brandenburg.dkp.de
Vi.S.d.P.: W. Richter - c/o DKP Brandenburg -
Carl-Reichstein-Straße 2 - 14770 Brandenburg



Vor dem Hintergrund von Weltwirtschaftskrise und Aufstieg der Nazis sowie wachsender Kriegsgefahr fragte der Dichter Bertolt Brecht vor rund 90 Jahren in seinem „Solidaritätslied“: „Vorwärts, und nie vergessen, und die Frage konkret gestellt, beim Hungern und beim Essen: Wessen Morgen ist der Morgen? Wessen Welt ist die Welt?“

Diese Fragestellung hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Die Tageszeitung „junge Welt“ stellt daher die kommende XXIX. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz am 13. Januar 2024 unter das Motto „Wem gehört die Welt?“.

Infos, Programm und Tickets unter: <https://www.jungewelt.de/rlk>



Am Sonntag, den 14. Januar 2024, 10:00 Uhr, U Bahnhof Frankfurter Tor in Berlin ist der Treffpunkt für die traditionelle Luxemburg-Liebkecht-Demonstration zum Gedenken an die Mitbegründer der KPD, die am 15. Januar 1919 von rechtsgerichteten, konterrevolutionären Militärs auf Anweisung der SPD-Regierung ermordet wurden.

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

E-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: brandenburg@dkp.de

Ich möchte die DKP Brandenburg finanziell unterstützen.

Sparkasse Märkisch-Oderland, IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

